

Szenario aus dem Modul „Demokratie“

Szenario aus dem Modul „Demokratie“, in: Beutler, Zita/
Lange, Dirk (Hg.):
Schlüsselkompetenzen für aktive BürgerInnenschaft.
Handbuch für die Sekundarstufe, 2012, S. 8-15



Szenario

In einer kleinen Gemeinde in der Schweiz beantragte ein kultureller Verein eine Baubewilligung für die Errichtung eines 6 Meter hohen Turmes für ihr religiöses Gemeindezentrum. Da in der Schweiz Religionsfreiheit herrscht, haben religiöse Minderheiten ebenso wie die Anhänger der großen Religionen dieselben Rechte, ihre Religion im täglichen Leben sowie in ihren Gemeinden sichtbar auszuleben, auch in Form religiöser Gebäude. Religionsfreiheit ist ein fundamentales Menschenrecht. Daher nahm man an, dass dies bloß ein bürokratisches Anliegen wäre.

Das Turmbauprojekt stieß allerdings bei den umliegenden AnwohnerInnen auf Widerstand, da sie ein solch großes religiöses Gebäude in ihrer Nachbarschaft nicht guthießen – vor allem da sie die Errichtung des Turmes nicht nur als das Symbol einer fremden Religion ansahen, sondern vielmehr als eine religiös-politische Aussage, was für sie unakzeptabel war. Eine Kampagne gegen die Errichtung wurde initiiert. Das Thema wurde auch auf politischer Ebene zu einem Streitpunkt, da ein Verbot, ein religiöses Gebäude zu errichten, die internationalen Menschenrechte, welche die Schweiz mitunterzeichnet hatte, verletzen würde.

Schlussendlich konnte die Initiative gegen den Turmbau ein Referendum durchsetzen: Die Schweizer Bevölkerung wurde befragt, ob die Errichtung von religiösen Gebäuden dieser speziellen religiösen Minderheit erlaubt oder verboten werden sollte. Das Ergebnis vom 29. November 2009 lautete, dass 57,5% der WählerInnen gegen die Errichtung von Gebäuden dieser religiösen Minderheit sei.

Das Verbot rief Reaktionen von Regierungen, politischen Parteien und NGOs (Nichtregierungsorganisationen) der ganzen Welt hervor: *Einem Grundsatz der Demokratie wurde durch eine demokratische Wahl widersprochen!* Zudem kann diese Kontroverse um religiöse Gebäude als 'Präzedenzfall' gesehen werden, der auch in anderen europäischen Ländern passieren kann. In den vergangenen Jahren konnte eine Menge an antireligiösen Trends in vielen europäischen Ländern beobachtet werden.

Nun findet eine internationale Konferenz in Eurer Stadt zum Thema „Demokratie und Religionsfreiheit“ statt. Eure Aufgabe bei der Konferenz ist es, eine Einigung zur zukünftigen Strategie der EU in Bezug auf Religionsfreiheit in modernen europäischen Demokratien zu erzielen: *Soll es eine einheitliche Strategie in Hinblick auf anti-religiöse Trends und dem Schutz der Religionsfreiheit, inklusive die freie Ausübung der eigenen Religion, geben? Wie gehst Du mit dem Konflikt um, dass demokratische Vorgänge dazu verwendet wurden, demokratische Rechte zu unterminieren?*